

Eins zu null für al-Kaida

Die Drahtzieher des 11. September haben vieles erreicht: Der Kampf der Kulturen ist in vollem Gang. Wir zerlegen unser Gesellschaftsmodell

CLAUS HECKING

Morgen hat Geert Wilders seinen großen Auftritt am Ground Zero. Der niederländische Rechtspopulist und Islamhasser ist Stargast der 11.-September-Demonstration gegen die Moschee, die zwei Blocks entfernt vom Anschlagort gebaut werden soll. Tausende werden Wilders zujubeln – wenn er mal wieder das Verbot des Korans fordert, den Propheten Mohammed einen Kinderschänder nennt oder den Islam mit dem Faschismus gleichsetzt. Denn so wie der Macher des koranfeindlichen Films „Fitna“ denken heute viele US-Bürger. 68 Prozent wollen den Moscheebau in New York verbieten, 49 Prozent haben sogar grundsätzlich eine negative Meinung über den Islam.

Da wundert es kaum, dass viele Muslim-Organisationen in den USA aus Angst ihre Feiern zum heutigen Ende des Fastenmonats Ramadan verschoben haben. Ist dieser Staat, einst als Zufluchtsort religiös Verfolgter unter dem Bekenntnis der Glaubensfreiheit gegründet, wirklich noch „the land of the free“?

Die Freiheit ist unter die Räder gekommen in den neun Jahren seit 9/11. In den USA und überall in der westlichen Welt. Die Drahtzieher des brutalen Anschlags auf das World Trade Center dürfte das freuen. Sie haben es geschafft, ihre Feinde im Westen zu destabilisieren. Ja, wir spielen mit im von ihnen angezettelten Kampf der Kulturen. Und noch schlimmer: Wir rütteln gerade selbst an den Fundamenten unserer liberalen Gesellschaft, aus bloßer Furcht vor dem Terror.

Terroristen sind Terroristen, weil sie zu schwach sind, um direkt die Macht zu ergreifen. Stattdessen verüben sie Anschläge: im Kalkül, Menschen Angst zu machen, sie zu Panikreaktionen zu provozieren und so Ereignisse in Gang zu setzen, die sie ihrem Ziel näherbringen. Musterbeispiele hierfür sind das Attentat auf Österreichs Thronfolger Franz Ferdinand durch den serbischen Nationalisten Gavrilo Princip 1914 – das nach dem so ausgelösten Ersten Weltkrieg zu einem souveränen, serbisch dominierten Jugoslawien führte. Oder der Mord an Israels Ministerpräsidenten Jitzchak Rabin durch einen jüdischen Extremisten im Jahr 1995: der Anfang vom Ende des Friedensprozesses im Nahen Osten.

Kopflöser Westen

Auch die Drahtzieher des 11. September haben bislang beachtlichen Erfolg. Denn der Westen hat in ihrem Sinne reagiert: panisch, kopflös, blindwütig. Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten verstrickten sich in zwei verlustreiche, blutige Kriege. Der offiziell beendete Irakkrieg hat die USA mindestens 1000 Mrd. Dollar, 4400 Soldatenleben und vor allem ihr Image als gutmütiger Hegemon gekostet – Abu Ghraib, Guantánamo sei Dank. Der Afghanistankrieg erschüttert nun die Grundfesten der Nato, erste Bündnispartner wie die Niederlande oder Kanada springen ab. Andere sind nur noch bei der Stange, um die im

Irakkrieg erschütterten transatlantischen Beziehungen nicht noch weiter zu belasten. Für sie geht es einzig um eine gesichtswahrende Exit-Strategie. Einen derartigen Militäreinsatz wird sich die Allianz so schnell nicht mehr antun.

Noch tiefere Wunden hat der 11. September in unsere Zivilgesellschaft geschlagen. Wir fühlen uns bedroht durch die andere Kultur, betrachten sie als Feind. Drei von vier Deutschen sorgen sich mehr oder weniger stark um eine Ausbreitung des Islam, wie auch Thilo Sarrazin sie beschwört. Das vermischt sich mit der durchaus nötigen Integrationsdebatte und verzerrt sie.

Paradies für Demagogen

Scharfmacher wie Wilders schlachten das gnadenlos aus. Der Mann aus Venlo wird gerade politisch salonfähig in seiner Heimat. Noch immer liebäugeln die Spitzen der Liberalen und Konservativen mit ihm als Mehrheitsbeschaffer für ihr Minderheitsbündnis. Dass Wilders immer wieder den Verfassungsbruch und die Verletzung von Menschenrechten fordert, scheint Nebensache.

Was macht unsere westliche Gesellschaft so lebenswert? Waren es nicht stets persönliche Selbstbestimmung und Toleranz gegenüber Andersdenkenden? Wie können wir Staaten wie den Iran oder das fundamentalistische Saudi-Arabien wegen Verfolgung religiöser Minderheiten oder drakonischer Strafen auf Bibelbesitz anprangern, wenn wir selbst hiesigen Muslimen das Recht auf Moscheen und Minarette absprechen?

Den Großangriff auf unsere Persönlichkeitsrechte nehmen wir dagegen meist klaglos hin seit jenem 11. September. Der Staat versucht, Telefon- und E-Mail-Daten auf Vorrat zu speichern. Geheimdienste dürfen Bankkonten und Reisebuchungen so tief durchforsten, dass sie mühelos Bewegungsprofile ableiten können. Und zusätzlich zu den allgegenwärtigen Kameras filmen uns bald wohl auch an Europas Flughäfen Nacktscanner.

Manche dieser Maßnahmen mögen für sich begründbar sein. Zusammen greifen sie den Kern der grundgesetzlichen Freiheit an, wie auch das Bundesverfassungsgericht feststellt. Und sie verschaffen uns allenfalls eine Illusion von Sicherheit. Auch Politiker lassen sich vor allem von Angst leiten – vor dem Vorwurf nach einem Attentat, nicht alles getan zu haben.

Noch immer gibt es unzählige Gelegenheiten für Attentate. Klar, al-Kaida ist geschwächt und zu einem Massenmord à la New York (hoffentlich) nicht mehr fähig. Aber ihre verquenen Ideen leben weiter. Und die Eigenbau-Bombe in der U-Bahn oder beim Volksfest lässt sich selbst mit geballter Schnüffelei kaum verhindern.

Osama Bin Laden ist ein Idol für Zehntausende zorniger junger muslimischer Männer: gerade in Ländern wie Pakistan, Indonesien, Ägypten oder Saudi-Arabien, alten Verbündeten der USA. Viele Menschen in der Dritten Welt sehen im westlichen Lebensmodell kein Vorbild mehr. Wieso auch, wo wir selbst an unseren Grundfesten zweifeln?

Seit neun langen Jahren lässt sich der Westen von der dunklen Bedrohung al-Kaida treiben. Nun ist es Zeit innezuhalten. Und zu überlegen, was den Kern unseres Zusammenlebens ausmacht.

Die Lücke in den Köpfen

Die USA haben einen gewaltigen Strukturwandel vor sich. Größtes Hindernis beim Ausbau des Exportsektors dürfte die fehlende oder falsche Qualifikation eines großen Teils der Arbeitslosen sein **VON DANIEL GROS**

Selbst zwei Jahre nach dem Nervenzusammenbruch der Weltwirtschaft im Gefolge des Kollapses von Lehman Brothers ist an den internationalen Finanzmärkten keine Ruhe eingeleitet, und die Konjunkturerholung, die 2009 so kraftvoll begann, scheint abzubrechen.

Die Konjunkturabkühlung hat Rufe nach weiteren steuer- und geldpolitischen Konjunkturimpulsen laut werden lassen. In den USA, die sich während der langen Boomjahre an Arbeitslosenquoten von fünf Prozent und ein stetiges Konsumwachstum gewöhnt haben, scheint dieses Argument besonders viel Gewicht zu haben. Doch wenn man die Aussichten der US-Konjunktur einschätzt, sollte man niedrige Wachstumsraten und die gegenwärtige Arbeitslosenquote von fast zehn Prozent nicht mit den Idealbedingungen aus der Zeit des Blasenbaus vergleichen. Eine langfristige Sicht ist erforderlich: Die USA stehen vor strukturellen Anpassungen, die mit hoher Arbeitslosigkeit einhergehen werden.

Wie Südeuropa muss sich die US-Volkswirtschaft von dem durch Konsum und Eigenheimerverwerb bestimmten Wachstumsmodell des letzten Jahrzehnts verabschieden. Präsident Barack Obama hat diese Herausforderung auf den Punkt gebracht, als er das Ziel aufstellte, die USA müssten ihre Exporte im Verlaufe der nächsten zehn Jahre verdoppeln. Aber das ist leichter gesagt als getan.

Der Strukturwandel hin zum Export wird schwer und zeitaufwendig – insbesondere weil die

Hightechwaren, die die USA exportieren sollten, eine qualifizierte Arbeitnehmerschaft erfordern, die den USA zu großen Teilen verloren gegangen ist. In den zehn Jahren bis zum Höhepunkt der Blase 2007 gingen etwa vier Millionen Arbeitsplätze auf dem US-Fertigungssektor verloren. Sein Anteil an der Gesamtbeschäftigung fiel von mehr als 17 auf zwölf Prozent. Die Arbeitslosigkeit blieb niedrig, weil die florierende Konjunktur ausreichend Arbeitsplätze in Dienstleistungen und Bau schuf.

Diesen Wandel auf die Schnelle umzukehren scheint unmöglich. Die meisten Bauarbeiter sind relativ schlecht ausgebildet und lassen sich nicht in der modernen Hightechfertigung einsetzen. Dasselbe gilt für Immobilienmakler, Sozialarbeiter und Manager von Kreditkartenkonten.

Während der Jahre des Blasenbaus war die Situation genau umgekehrt: Die meisten der vom schrumpfenden Fertigungssektor freigesetzten Arbeitnehmer ließen sich problemlos im Bausektor und in den sozialen Diensten beschäftigen, die eine relativ geringe Qualifikation erfordern (ähnlich wie Immobiliendienstleistungen).

Der zentrale Punkt ist nicht, dass Arbeitsplätze in der produzierenden Industrie irgendwie „besser“ sind, sondern vielmehr, dass die Asymmetrie innerhalb des Prozesses struktureller Anpassung berücksichtigen müssen. Es ist relativ einfach, während eines Immo-

lienbooms einen Strukturwandel weg von der produzierenden Industrie zu bewältigen, aber sehr viel schwieriger, einen einmal verloren gegangenen Fertigungssektor wiederherzustellen.

Leider gibt es sehr wenig, was die Wirtschaftspolitik tun kann, um kurzfristig einen starken Exportsektor zu schaffen. Sie kann den Übergang lediglich möglichst sozialverträglich gestalten.

Als Allheilmittel wird immer ein flexibler Arbeitsmarkt beschworen, doch selbst der flexibelste Arbeitsmarkt kann arbeitslose Immobilienmakler oder Bauarbeiter nicht in Facharbeiter verwandeln.

Ironischerweise könnte Deutschland das nützlichste Vorbild für die Bewältigung dieser Probleme sein. Deutschland erlebte nach der Wiedervereinigung einen Konsum- und Bauboom, der mit Vollbeschäftigung und einem Leistungsbilanzdefizit einherging. Nach dem Höhepunkt des Booms 1995 verloren eine Million Bauarbeiter ihre Arbeit. Es folgte ein Jahrzehnt hoher Arbeitslosigkeit und niedrigen Wachstums.

Der Export stellte zunächst keinen Weg zur Erholung dar, denn die D-Mark war überbewertet, und es war während des Wiedervereinigungsbooms einiges an Fertigungskapazitäten verloren gegangen. Es dauerte mehr als zehn Jahre, bis Deutschland zu der Exportmacht wurde, die es heute ist.

Es ist unwahrscheinlich, dass der Anpassungsprozess in den

USA sehr viel schneller ablaufen wird. Darüber hinaus hatte Deutschland mit Einführung des Euro den Vorteil, seine Währung an Südeuropa binden zu können, das einen noch extremeren Eigenheimboom erlebte als die USA und den deutschen Exporteuren daher wachsende Märkte bot. Im Gegensatz dazu ist der Dollar an den Renminbi gebunden, dessen Aussteller – China – über den weltweit größten und wachstumsstärksten Exportsektor verfügt.

Wie lange wird die Anpassung in den USA dauern? Seit dem Höhepunkt der Blase hat sich die US-Volkswirtschaft nicht einmal in die richtige Richtung entwickelt. Fertigung und Beschäftigung in der produzierenden Industrie sind noch schneller gefallen.

Solange dies anhält, wird sich die Binnennachfrage nur durch hohe und dauerhafte Dosen einer expansiven Steuer- und Geldpolitik aufrechterhalten lassen. Und angesichts der Tatsache, dass inzwischen viele Waren nicht mehr in den USA produziert werden, würden Konjunkturmaßnahmen weitere Importe ins Land ziehen und so die Handelsbilanz weiter untergraben. Natürlich, ein selbsttragender Aufschwung ist möglich. Aber dieser setzt massive strukturelle Anpassungen voraus, die darauf abzielen, die Wettbewerbsfähigkeit der USA auf dem Weltmarkt wiederherzustellen.

E-MAIL leserbriefe@ftd.de

DANIEL GROS ist Direktor des Centre for European Policy Studies in Brüssel. www.project-syndicate.org

Individuell kriseln nach Lehman

Zwei Jahre nach der großen Pleite zeigt sich, wie abwegig das Gerede vom globalisierten Wirtschaftsabsturz war. Zeit für eine korrigierte Bilanz multikulturellen Kriselns. Und eine Warnung an deutsche Weltbeherr



THOMAS FRICKE

Deutschland boomt, Amerika schwächelt. Der Befund hat etwas Märchenhaftes, zwei Jahre nach dem Schock der Lehman-Pleite. Und er wirkt überraschend, gemessen an gängigen Diagnosen, die dem Bankenbeben folgten und eine globale Wirtschaftskrise prophezeiten. Und zwar bei allen.

Von wegen. Das jüngste Auseinanderdriften lässt vermuten, dass diese Krisengeschichten neu geschrieben werden müssen – weil die Krise de facto weltweit ziemlich unterschiedlich wirkt und nachwirkt. Nur nicht unbedingt so, wie es diejenigen erzählen, die den Rest der Welt gerade über vorbildliches deutsches Wirtschaften belehren. Bei näherem Hinsehen drängt sich im Gegenteil auf, dass schon der nächste globale Schock weniger glimpflich enden könnte.

Die Schockstarre währte nur kurz

Noch 2009 schien ausgemacht, dass die Finanzkrise alle Welt in die Rezession stürzt. Weil Banken Kredite kappen und überall Schulden sind. Die Zwischenbilanz 2010 lautet anders: Da gibt es Länder, deren Leistung heute fünf bis sechs Prozent niedriger liegt als vor dem Lehman-Aus, während andere schon wieder vier, die Chinesen gar 20 Prozent mehr erwirtschaften. Da gibt es Länder wie Australien, deren Bruttoinlandsprodukt ein Quartal lang rückläufig war – während Iren oder Griechen sechs bis acht Quartale fast nahtlos schrumpften.

Eine Erklärung ist, dass die Krise realwirtschaftlich irgendwie anders gewirkt hat als oft vermutet. Was im Herbst 2008 binnen Tagen global einbrach, war vor allem der Export, und das bis in Regionen, in denen kein Mensch Lehman oder Subprime kannte. Das stützt die These, wonach der unmittelbare wirtschaftliche Einbruch eher einer Art Schockstarre entsprach, da über Wochen keiner mehr sicher war, ob die eigene Bank morgen noch da ist, um für Exportgeschäfte mit Abnehmern in der Ferne zu garantieren. Ein Kurzzeitproblem.

Das würde erklären, warum Exportnationen, die keine Immobilienblase hatten, wirtschaftlich doppelt so stark schrumpften wie die USA, wo zwar die Exporte ähnlich drastisch sanken, die Abhängigkeit davon aber geringer ist. Oder warum der Welthandel nach der Schockstarre jetzt auf Vorkrisenniveau zurückschnellte – und exportobsessive Absturzländer wie Deutschland arithmetisch rasch zweistellig wachsen. Während das spektakuläre Aufholen der US-Exporteure relativ wenig ins Gewicht fällt, dafür dort aber jetzt tiefere Krisenursachen greifen, die es bei uns gar nicht gibt.

Die US-Lage ähnele heute der deutschen nach dem Einheitsboom, sagt David Milleker, Chefökonom bei Union Investment. Jetzt wirkt nach, dass die Unternehmen zu lang auf anhaltend hohes Wachstum gesetzt haben – und deshalb, gemessen an den neuen Umständen, zu hohe Kapazitäten aufgebaut haben. Während das Platzen der Immobilienblase einen Strukturwandel mit sich bringt, bei dem Bauarbeiter zusehen müssen, wie sie in anderen Sektoren unterkommen. Was zu einem größeren Missverhältnis zwischen Arbeitslosigkeit und offenen Stellen führt, wie einst bei uns. Die Baukrise habe über ein Jahrzehnt jährlich 0,5 Prozent Beschäftigung im Land gekostet, so Milleker.

In den USA könne die strukturelle Arbeitslosigkeit künftig bei sieben Prozent liegen. Die Unternehmen haben wegen diverser Überkapazitäten derweil vorerst wenig Grund, ihre Investitionsquote zu steigern. Gespart wird bei den Amis ohnehin schon. Ein Regimewechsel.

Das Gute aus deutscher Sicht ist, dass wir den Immobilienkrash hinter uns haben und 2008 kaum klassische ökonomische Mängel hatten – weder Blasen noch Inflation, Lohnexzess oder Staatsdefizit. Das heißt, dass die Finanzkrise nach Überwindung des Psycho-V beim Export

weniger als in den USA nachwirkt und trotz aller Panik keine Kreditklemme festzustellen ist.

Bedenklicher ist, dass der ferne Lehman-Schock die vermeintlich soliden Deutschen überhaupt getroffen hat, die Wirtschaftsleistung zwischenzeitlich auf das Niveau von Ende 2005 zurückfiel, 1,5 Millionen auf Kurzarbeit waren und die Banken trotz scheinbar solider Basis gerettet werden mussten, was zu einem Sprung der deutschen Staatsschulden um allein 100 Mrd. Euro führte. Auf dem Arbeitsmarkt wäre die Krise zudem nicht so glimpflich ausgegangen, wenn die Kosten vorher nicht lange Zeit so gedrückt worden wären (was eine jahrelang depressive Binnennachfrage zur Keirseite hatte), und wenn nicht vor lauter hoch bezahltem Leerlauf die durchschnittliche Stundenproduktivität in den Firmen auf das Niveau von 2006 zurückgefallen wäre. Während sie in Amerika spektakulär gestiegen ist.

Aktuell ist das egal. Es ist ja gut gegangen. Absurd ist nur, das als Beleg für deutsche Wirtschaftskompetenz zu werten. Zumal die Deutschen über sinkende Zinsen und exporttreibend günstige Euro-Kurse von griechischen und anderen Krisen profitieren. Ein Teil des Kostenpuffers ist aufgebraucht. Und auch die Abwrackprämie würde angesichts des schon erneuerten nationalen Fuhrparks nicht noch mal so gut wirken. Wenn dann die nächste Schock mehr als eine schnell vorübergehende Psycho-starre ist, nutzt auch die kühnste Kurzarbeiter-subvention wenig. Dann würde es auch hier Entlassungen geben. Und eine Abwärtsspirale.

Das muss nicht so kommen. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt ist die Bilanz zwei Jahre nach dem Lehman-Aus allerdings eher ein Warnsignal. In diesen Wochen dürfte in den USA wieder so viel erwirtschaftet werden wie vor der Pleite, bei allen Problemen, die noch zu lösen sind. Die Deutschen haben trotz des jüngsten Rekordwachstums noch fast drei Prozent aufzuholen (siehe Grafik).

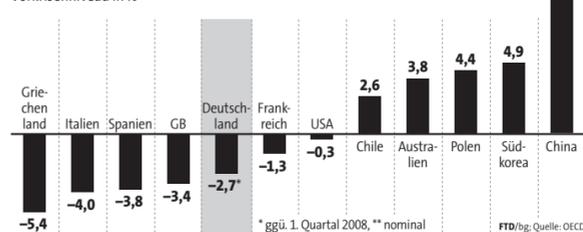
Es wäre besser, wenn sich die Deutschen daranmachen, ihre Krisen- und Exportabhängigkeit zu verringern – statt davon auszugehen, dass es beim nächsten Schock wieder gut gehen wird.

E-MAIL fricke.thomas@guj.de

THOMAS FRICKE ist Chefökonom der FTD. Er schreibt freitags an dieser Stelle.

Wer heftig abstürzt, hat auch viel aufzuholen

Aktuelle Wirtschaftsleistung gemessen an der Zeit vor der Krise, Abweichung vom Vorkrisenniveau in %



IMPRESSUM

Die Financial Times Deutschland ist überregionales Pflichtblatt aller acht deutschen Wertpapierbörsen.

Sprecher des Chefredakteurskollegiums: Steffen Klusmann

Chefredakteur: Stefanie Burgmaier (Börse Online), Dr. Nikolaus Förster (Impulse), Steffen Klusmann (Capital, FTD)
Stellvertretende Chefredakteur: Sven Clausen (FTD), Gereon Kruse (Börse Online), Paul Prandl (Capital), Stefan Weigel (FTD)

ArtDirector: Dominik Arndt, Carsten Lüdemann (Stv.)

Geschäftsführende Redakteurin: Isabelle Arnold

Chef vom Dienst: Cosima Jäckel, Sven Sorgenfrey (Stv.)

Bildchef: Peter Raffelt, Jose Blanco (Stv.)

Unternehmen: Guido Warlmitom (Ltg.), Claus Gorgs (Stv.), Jörn Paterak (Stv.)

Politik: Andreas Theysen (Ltg.)

Finanzen: Tim Bartz, Ina Lockhart (Ltg.)

Geld: Jochen Mörshch (Ltg.)

Helmut Kipp (Stv.)

Agenda: Christian Baulig (Ltg.), Horst von Buttler (Stv.)

Online: Dr. Anton Notz (Ltg.)

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Steffen Klusmann, Sitz des Ressorts Politik in Berlin, der Ressorts Finanzen und Geld Frankfurt am Main, im Übrigen Hamburg.

„Financial Times“, „Financial Times Deutschland“ and „FTD“ are registered trade marks of The Financial Times Limited and used under license. The Financial Times Limited is neither the publisher of nor responsible for the content of this publication.

G+J Wirtschaftsmedien GmbH & Co. KG

Stubbenhuk 3, 20449 Hamburg

Brieffach 02, 20444 Hamburg

Tel.: 040/319 90-0, Fax: -310

Geschäftsführer: Dr. Bernd Buchholz, Ingrid M. Haas

Verlagsleitung: Jan Honsel, Dr. Albrecht von Arnswaldt

Gesamtanzeigenleiterin: Helma Spieker

Anzeigenleiter: Jens Kauerarf

Vertrieb: DPV Deutscher Pressevertrieb, Leitung: Christopher Höpfner, Düsternstr. 1-3, 20355 Hamburg

ISSN 1615-4118

Nachdruckrechte/Syndication: Picture Press Bild- und Textagentur GmbH, Koordination: Petra Martens; Anfragen: Isabella Kamauf, Tel.: 040/37 03-2590, E-Mail: kamauf.isabella@picturepress.de

Druck: Presse-Druck- und Verlags-GmbH, 86167 Augsburg; Mannheimer Morgen Großdruckerei und Verlag GmbH, 68167 Mannheim; Druck- und Verlagszentrum GmbH & Co. KG, 58099 Hagen; BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, 10365 Berlin

A B H M